

UNSER BERLIN – MIT SICHERHEIT IN FREIHEIT LEBEN.

Beschluss des 19. Kleinen Landesparteitages

Berlin, 17. Juni 2025

„Wir wollen freie Menschen sein“ – dieser Ruf erschallte am 17. Juni 1953 durch Ost-Berlin und zahlreiche Orte der früheren DDR. Mehr als eine Million mutiger Frauen und Männer erhoben sich an diesem Tag gegen Unterdrückung, Unfreiheit und ein Regime, das ihnen elementare Menschenrechte verwehrte. Der Volksaufstand scheiterte, doch der Drang nach Freiheit überdauerte Mauern, Zensur und Gewalt und mündete schließlich in die friedliche Revolution und der Wiedervereinigung 1990. Der Ruf nach Freiheit all jener Menschen, die an diesem Junitag im Jahre 1953 ihre Stimmen erhoben, hallt bis heute nach - als Mahnung und als Auftrag. **Freiheit ist niemals selbstverständlich.** Sie muss geschützt, verteidigt und gelebt werden – jeden Tag aufs Neue.

Sicherheit stärken. Freiheit schützen.

Berlin ist und bleibt die Stadt der Freiheit. Als Christdemokraten stehen wir für eine Politik, in der Freiheit und Sicherheit zusammen gedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen fest an der Seite unserer Sicherheitskräfte, die tagtäglich dafür sorgen, dass wir frei und sicher leben können. Dazu gehört für uns auch die Bundeswehr, deren Soldatinnen und Soldaten bereit sind, für die Werte des Grundgesetzes und unser Land ihr Leben einzusetzen.

Für uns als CDU ist Sicherheit nicht nur ein zentrales menschliches Grundbedürfnis, sondern die grundlegende staatliche Aufgabe. Deshalb hat der CDU-geführte Berliner Senat eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählen mehr Stellen bei Polizei und Feuerwehr wie auch eine moderne und adäquate Ausrüstung mit Bodycams und Tasern. Mit der Verbesserung der Besoldung, **der Verschärfung des Unterbindungsgewahrsams** und der **Erweiterung der DNA-Analyse-Möglichkeiten** haben wir die Arbeitssituation und die Kompetenzen unserer Sicherheitskräfte wesentlich verbessert. Deutliche Zeichen des Kurswechsels sind auch die Einrichtung der von uns bereits seit langem geforderten **Messer- und Waffenverbotszonen**, der geplante Einsatz intelligenter **Videotechnik** an kriminalitätsbelasteten Orten sowie der Bau des **Zauns um den Görlitzer Park**. Mit Einlasskontrollen, einer Ausweispflicht und Videokameras an den Eingängen sorgen wir für **mehr Sicherheit in Berlins Freibädern**. Um die Strafverfolgung zu verbessern, haben wir **zusätzliche Stellen und mehr Ausbildungsplätze in der Justiz** geschaffen. Mit der Einführung der eAkte beim Kammergericht Berlin wurden **Verwaltungsvorgänge digitalisiert und beschleunigt**.

Für uns hat der Kampf gegen die **Organisierte Kriminalität** weiterhin Priorität. Dafür haben wir in Berlin mehr Möglichkeiten geschaffen, um das **Vermögen von Kriminellen und krimineller Vereinigungen effektiver und gezielter abzuschöpfen**. Dazu wurden spezialisierte Abteilungen bei der Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft sowie ein neues Referat in der Senatsverwaltung für Justiz eingerichtet. Statt lediglich Bußgelder zu verhängen, können die Ordnungsämter nun auch Einnahmen aus illegalen Geschäften einziehen. Mit der neuen **Kooperationsplattform „OKBeGe“** für Ordnungsämter, Staatsanwaltschaft, Polizei, Zoll und Steuerfahndung sorgen wir dafür, dass illegale Geschäfte schneller erkannt und gestoppt werden können. Außerdem wurden 58 Immobilien beschlagnahmt, die mit Geldern aus Straftaten finanziert wurden. Auch die „Remmo-Villa“ wurde nach langem Rechtsstreit geräumt. Mit Kai Wegner als Regierenden Bürgermeister geht Berlin auch konsequent gegen **antisemitischen und israelbezogenen Hass** in unserer Stadt vor. Bereits wenige Tage nach dem 7. Oktober ermöglichte es die CDU-geführte Bildungsverwaltung den Schulen, härter gegen israelfeindliche und antisemitische Hassbekundungen, Symbole und Äußerungen vorzugehen. Mit der Novelle des Hochschulgesetzes und der **Wiedereinführung des Ordnungsrecht** in das Berliner Hochschulgesetz bekamen die Hochschulleitungen zusätzliche Instrumente – härtere Sanktionen bis hin zur Exmatrikulation – an die Hand, um jüdische Studenten zu schützen. Diese Grundhaltung des Senats zeigte sich zuletzt auch beim konsequenten Vorgehen gegen den sogenannten „Palästina-Kongress“ im April 2025, der von der Berliner Polizei aufgelöst wurde. Durch den von der CDU-Fraktion eingeführten **Fonds gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs** konnten von der CDU-geführten Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zahlreiche Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Unter anderem wurde eine **Anlaufstelle gegen Antisemitismus in Kunst und Kultur** eingerichtet.

Als CDU gehen wir Probleme an und finden wirksame Lösungen. Das Vertrauen in staatliches Handeln der Berlinerinnen und Berliner muss weiter gestärkt werden. Unser Ziel ist: Eine Stadt, die für alle Berlinerinnen und Berliner funktioniert. Mit unserer umfassenden Verwaltungsreform schaffen wir nun die Voraussetzung für wirksame Veränderungen, an denen Vorgängersenate 30 Jahre lang gescheitert sind: Klare Zuständigkeiten und Strukturen, eine bessere gesamtstädtische Steuerung und

starke Bezirke. Wenn die Menschen erleben, dass ihre Stadt funktioniert und Politik handlungsfähig ist, stärken wir damit auch das Vertrauen in die Demokratie.

Wir schützen unsere Demokratie.

Berlin bietet Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Kultur und Lebenseinstellung eine Heimat. Kulturelle Vielfalt und Weltoffenheit sind wichtige Bestandteile der Berliner Identität - eine große Stärke und zugleich ständige Herausforderung. Die in unserer Stadt gelebte Vielfalt gelingt nur dann, wenn die Grundregeln des Zusammenlebens klar sind und auch konsequent durchgesetzt werden. Für uns steht fest: **Wer Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem treten wir mit aller Härte und Entschiedenheit entgegen.**

Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht ist in den vergangenen Jahren der Extremismus jeglicher Art in unserer Stadt deutlich angewachsen und stellt eine zunehmende Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie dar¹. Dies gilt sowohl für den Rechtsextremismus, den Linksextremismus, den Islamismus sowie den auslandsbezogenen Extremismus. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist ebenso deutlich gestiegen². Auch wenn sich Extremisten in ihren Zielsetzungen und Vorgehensweisen unterscheiden, ähneln sie sich in ihrer Ablehnung unserer demokratischen Gesellschaft und der sie tragenden Werte. Wir nehmen das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick und setzen auf folgende Maßnahmen:

- **Reform des Verfassungsschutzgesetzes:** Wir stehen für einen starken Verfassungsschutz, der rechtlich und technisch über die nötigen Möglichkeiten verfügt, um Personen, die eine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen, bereits im Vorfeld möglicher Gewalttaten zu beobachten. Neben Regelungen zur Bestandsdatenauskunft von Telekommunikationsunternehmen muss es dem Berliner Verfassungsschutz -

¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2024,

<https://www.berlin.de/sihijien/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzbericht-e/verfassungsschutzbericht-2024-pressefassung.pdf?ts=1747663723>, Letzter Aufruf am 30.05.2025

² Wurden 2023 noch 6.428 Fälle registriert, so waren es im vergangenen Jahr 8.309 Fälle, was einem Anstieg von 29,3% entspricht. Vgl. Politisch Motivierte Gewalt in Berlin 2024, <https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/pks/pmk-kurzbericht-2024.pdf>. Letzter Aufruf am 30.05.2025

wie bereits in anderen Bundesländern - auch möglich sein mitzuteilen, welche Gruppen und Vereinigungen als Verdachtsfälle für extremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft und beobachtet werden.

- **Mehr Befugnisse für Sicherheitsbehörden:** Wir fordern mehr Befugnisse bei der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (**Quellen-TKÜ**). Die Nutzung von **Dekryptierungsverfahren** zum Eindringen in verschlüsselte Kommunikation muss ebenso erlaubt sein wie die gezielte Nutzung von Sicherheitslücken zum Eindringen in Kommunikationskanäle von Extremisten und Terroristen. Außerdem soll der Verfassungsschutz zur **Funkzellenabfrage** befugt und eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, um **Übermittlungsersuche an private Betreiber von Videoüberwachungsanlagen** in öffentlich zugänglichen Bereichen stellen zu können.
- **Demokratieklausel für Berlin:** Wir halten an unserem Ziel fest, in Berlin eine rechtssichere Demokratieklausel einzuführen, damit **demokratie- und menschenfeindliche Institutionen keine staatlichen Fördergelder** erhalten. Dazu zählen für uns ausdrücklich auch antisemitische Akteure und Strukturen. Auch freie Träger, Initiativen und Vereine in Kultur und Zivilgesellschaft, die sich offen demokratie- oder menschenfeindlich äußern oder mit solchen kooperieren dürfen keine öffentliche Unterstützung erhalten. Darüber hinaus wollen wir geeignete Instrumente entwickeln, um zukünftig zu verhindern, dass Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst tätig sind.
- **Keine Gemeinnützigkeit für Extremisten:** Wir setzen uns dafür ein, dass extremistischen Vereinigungen, die vom Verfassungsschutz des Bundes oder des Landes beobachtet werden, die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Wer gegen unseren Staat und seine Verfassung kämpft, darf keine Steuervorteile genießen.
- **Schließung der Al-Nur Moschee:** Islamistische Extremisten dürfen bei uns keine sicheren Häfen und Rückzugsräume haben. Wir wollen den radikalen und vom Berliner Verfassungsschutz beobachteten Trägerverein „Islamische Gemeinschaft Berlin e.V.“ der Al-Nur Moschee in Neukölln verbieten.
- **Harte Strafen für Forderungen nach einem Kalifat auf deutschem Boden:** Niemand darf dazu aufrufen, unsere Demokratie abzuschaffen. Öffentliche

Forderungen nach einem islamistischen Gottesstaat, der Scharia oder dem Kalifat in Deutschland müssen endlich strafbar werden.

- **Expertenkreis „Politischer Islamismus“ wieder einsetzen:** Der Expertenkreis „Politischer Islamismus“ muss wieder eingesetzt werden. Seine Abschaffung durch die Ampelkoalition war ein Fehler.
- **Bildung als beste Prävention gegen Extremismus:** Unsere Kinder sollen sich im Unterricht mit allen Formen des Extremismus und Strategien von Extremisten befassen, um besser vor Beeinflussung und Anwerbung durch Extremisten (z.B. über Social Media) geschützt zu werden. Sie müssen auch über den historischen Nationalsozialismus und über antisemitische und rassistische Denk- und Verhaltensmuster umfassend aufgeklärt werden. Die politische Bildung und Demokratiebildung in Berlin werden wir weiter stärken. Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten müssen für alle Schüler verpflichtend sein und der Nahostkonflikt im Rahmenlehrplan der Oberstufe verankert werden.

Wir schützen jüdisches Leben.

Der Schutz jüdischen Lebens ist eine bleibende Verantwortung unseres demokratischen Rechtsstaates. Aus unserer Geschichte erwächst die Verpflichtung, jüdisches Leben in seiner ganzen Vielfalt zu schützen und zu fördern – in Berlin wie in ganz Deutschland. Dazu gehört es, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen – und egal aus welcher Richtung – entschieden entgegenzutreten – in der Sprache, auf der Straße und im digitalen Raum. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind für uns hohe Güter – und Kritik an staatlichem Handeln, auch an der Regierung Israels, ist selbstverständlich erlaubt. Wir sehen das Leid der Menschen im Gaza-Streifen und wir wissen, dass davon viele in Berlin persönlich und familiär betroffen sind. Zugleich gilt: Mit ihrem barbarischen Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 trägt allein die Hamas die Verantwortung für die Eskalation und das daraus resultierende Leid. Wenn aber antisemitische Hetze verbreitet, jüdisches Leben angegriffen oder Israel, der einzigen Demokratie und dem einzigen Rechtsstaat der Region, das Existenzrecht abgesprochen wird, endet der Schutzbereich der Meinungsfreiheit. Das gilt gerade in diesen Tagen, in denen das islamistische Mullah-Regime im Iran versucht, die Auslöschung Israels voranzutreiben und in denen Menschen in unserer Partnerstadt

Tel Aviv und in ganz Israel unter Beschuss stehen. Hier beginnt der Auftrag des Rechtsstaats – mit klaren Grenzen und konsequentem Handeln:

- **Antisemitische Demonstrationen dürfen in unserer Stadt keinen Raum bekommen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Versammlungen, die offen zu Hass gegen Jüdinnen und Juden aufrufen oder Israels das Existenzrecht absprechen, bereits im Vorfeld rechtssicher untersagt werden können. Dazu zählt insbesondere auch ein Verbot des antisemitischen al-Quds-Marsches.
- **Ausweisungsrecht weiterentwickeln:** Wir wollen das Ausweisungsrecht so weiterentwickeln, dass die Verbreitung antisemitischer Hetze und die Begehung, Billigung oder Befürwortung antisemitisch motivierter Straftaten ein besonderes Ausweisungsinteresse begründen können. Wer hier leben will, muss die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens achten. Wir wollen sicherstellen, dass ausländische Antisemiten keine Bleibeperspektive hier erhalten.

Wir stehen für einen starken Rechtsstaat.

Alle Berlinerinnen und Berliner müssen die Gewissheit haben und darauf vertrauen können, dass in unserer Stadt Recht und Gesetz für alle gelten und auch durchgesetzt werden. In einem Rechtsstaat darf niemals der Eindruck entstehen, dass manche sich über Regeln ungestraft hinwegsetzen können. Wenn kriminelle Strukturen offen Macht demonstrieren, wenn sie sich systematisch über Gesetze hinwegsetzen, als wären sie bloße Empfehlungen, dann ist unser Rechtsstaat gefordert, entschlossen und sichtbar zu handeln. Deswegen fordern wir:

- **Mehr Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung:** Wir wollen die Organisierte Kriminalität vor allem dort treffen, wo es ihr wirklich weh tut: beim Geld. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung aus Straftaten zu erweitern und die **vollständige Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft** zu ermöglichen. Daneben fordern wir auch weitere Verbesserungen bei der Bekämpfung der Geldwäsche.
- **Sozialleistungsmissbrauch verhindern:** Um systematischen Sozialleistungsmissbrauch gerade auch durch die Organisierte Kriminalität zu verhindern, wollen wir die Erfassungsverfahren und den **Datenabgleich zwischen Jobcentern und Behörden verbessern und automatisiert**

ermöglichen. Zur Ermittlung der Halterschaft auffällig hochpreisiger Fahrzeuge und Identifikation von „Stroh Männern“ setzen wir uns dafür ein, regelhaft und automatisiert Abfragen bei der Kraftverkehrszulassungsstelle vorzunehmen, um bei Straßenverkehrskontrollen schnell ermitteln zu können, ob ein Sozialleistungsmissbrauch vorliegt. Ziel ist es, die Fahrzeuge in diesen Fällen unverzüglich zu beschlagnehmen bzw. sicherzustellen. Auch das entgeltfrei oder ermäßigte Überlassen solcher Wertgegenstände soll auf etwaigen Sozialleistungsbezug angerechnet werden.

- **Verbundeinsätze gegen Sozialleistungsbetrug, Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug:** Wir werden mit mehr sog. „Verbundeinsätzen“ von bezirklichen Ordnungsämtern, der Berliner Polizei, der Jobcenter, der Familienkasse Berlin-Brandenburg, der Steuerfahndung und der Justizverwaltung gegen Sozialleistungsbetrug und Wirtschaftskriminalität vorgehen.
- **Intensivere Zusammenarbeit der Behörden:** Um Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen zu können, wirken wir auf eine verstärkte Zusammenarbeit und einen **intensiveren Informationsaustausch** zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken sowie den Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten hin. Darüber hinaus wollen wir auch die **Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden anderer Länder und Bundesländer** überprüfen und gegebenenfalls im Hinblick auf die Bekämpfung Organisierter Kriminalität weiter vertiefen.
- **Verflechtung zwischen Clans und Islamisten aufklären:** Nach Einschätzung der Senatsinnenverwaltung und des Berliner Verfassungsschutzes bestehen in Berlin Verflechtungen zwischen dem islamistisch-extremistischen Spektrum und Clanmitgliedern. Das Land Berlin muss endlich nach dem Vorbild von Bayern und Hessen die Beobachtung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zusätzlich in die Aufgabenfelder des Berliner Verfassungsschutzes einbeziehen soll. So können insbesondere die Verknüpfungen von Organisierter Kriminalität und extremistischen Strukturen aufgeklärt werden.

Wir machen Berlin sicherer.

Alle Menschen müssen in Berlin sicher leben und sich in ihrer Stadt auch sicher fühlen können – ob zu Hause, in Straßen und auf Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht. Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

- **Moderne Ausstattung für die Polizei:** Jeder Polizist und jede Polizistin muss sich darauf verlassen können, bestmöglich ausgerüstet den Dienst ausüben zu können. Die Ausstattung und Einsatzkleidung unserer Polizeibeamten muss dem veränderten Einsatzgeschehen gerecht werden. Dazu gehören für uns nicht nur Taser und Bodycams, sondern auch **mehr Schießtraining** und **stichsichere Westen**. Auch der Fuhrpark der Berliner Polizei bedarf insgesamt der ständigen Modernisierung, um den wachsenden Einsatzanforderungen gerecht werden zu können.
- **Die schützen, die uns schützen:** Jeder Angriff auf einen Polizeibeamten oder eine Rettungskraft ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und muss harte Strafen nach sich ziehen. Deswegen soll die **Mindeststrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte von drei auf sechs Monate** und in Fällen, in denen Einsatzkräfte gezielt in einen Hinterhalt gelockt werden, auf ein Jahr angehoben werden. Wir sprechen uns für eine **Verschärfung des Ausweisungsrechts** nach §54 des Aufenthaltsgesetzes aus. Danach sollen ausländische Staatsbürger, die im Rahmen von Versammlungen Polizistinnen und Polizisten angreifen, leichter ausgewiesen, in Ausreisegewahrsam genommen und im Anschluss abgeschoben werden können. EU-Ausländern, die gegen Polizistinnen und Polizisten gewalttätig werden, wollen wir schneller die Freizügigkeit entziehen.
- **Mehr Unterstützung durch die Bundespolizei:** Zur Entlastung der Berliner Polizeibeamten sprechen wir uns zudem für mehr Unterstützung durch die Bundespolizei in der Hauptstadt aus.
- **Hauptstadtfinanzierungsvertrag aktualisieren:** Wir setzen uns für eine Aktualisierung des 2017 abgeschlossenen Hauptstadtvertrages sowie eine stärkere Beteiligung des Bundes an den hauptstadtbedingten Sicherheitsaufgaben ein. Die veränderte weltpolitische Lage und die damit einhergehenden höheren Sicherheitsanforderungen stellen das Land Berlin im Rahmen seiner besonderen Rolle als Hauptstadt vor eine zunehmend größere Herausforderung.

- **Sichere und friedliche Demonstrationen:** Wir bekräftigen unsere Forderung, die „**öffentliche Ordnung**“ wieder als eigenständiges Schutzgut neben der öffentlichen Sicherheit in das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz zu verankern. Der Fehler des letzten rot-rot-grünen Senats muss behoben werden. Zudem sollen wesentliche Verstöße gegen das Versammlungsrecht wie in anderen Bundesländern als Straftaten geahndet werden können, insbesondere die Mitnahme von Waffen. Außerdem muss die Polizei gegen verummte oder bewaffnete Personen vorgehen können, bevor es zu gefährlichen Situationen kommt (Abschaffung der Verwaltungsakzessorität im Versammlungsfreiheitsgesetz). Darüber hinaus wollen wir die **Speicherfrist für Videoaufnahmen von drei Monaten auf zwei Jahre** verlängern, um Straftaten zu dokumentieren und friedliche Versammlungsteilnehmer besser zu schützen.
- **Notruf-App für den ÖPNV:** Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Nora-Notruf-App für den ÖPNV ein und wollen diese im Rahmen eines Pilotprojektes in Kooperation mit der BVG testen. Per Knopfdruck sollen Fahrgäste unauffällig und ohne Anruf die Sicherheitskräfte alarmieren können und automatisch ihren Standort übermitteln – um in Gefahrensituationen schnell Hilfe zu erhalten. Insbesondere Frauen und queere Personen könnten so besser vor Gewalt und Belästigung geschützt werden.
- **Anti-Diebstahl-Programm für Berlin:** Wir fordern ein umfassendes Anti-Diebstahl-Programm, das den Einsatz intelligenter Videotechnik an hochfrequentierten Orten wie Fußgängerzonen, bei Großveranstaltungen, an Fahrradabstellplätzen sowie allen kriminalitätsbelasteten Orten umfasst. Um die Präventionsarbeit zu stärken, wollen wir die kostenlosen Beratungsangebote für Bürger weiter ausbauen und die Förderung von Investitionen in Einbruchschutz, Alarmanlagen und Sicherheitsvorrichtungen für Privatpersonen durch ein Landesprogramm (z.B. durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse) prüfen.
- **Konsequentes Vorgehen gegen Kugelbomben:** Wer illegale Feuerwerkskörper mit starker Explosionskraft wie sog. „Kugelbomben“ zündet, muss konsequent ermittelt und bestraft werden. Wegen ihrer hohen Explosionskraft sind Kugelbomben in Deutschland verboten, allerdings werden sie illegal aus dem Ausland importiert oder im Eigenbau hergestellt. Deswegen sprechen wir uns

auch für strengere Grenzkontrollen aus, um die Einfuhr von Kugelbomben zu verhindern.

- **Verbot von Lachgas:** Wir fordern, den **Verkauf von Lachgas an Personen unter 18 Jahren** zu verbieten, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen. Das Inhalieren der Substanz birgt nicht nur das Risiko psychischer Abhängigkeit, sondern auch große gesundheitliche Gefahren, wie etwa Bewusstlosigkeit, Lähmungserscheinungen oder Hirnschäden.

Wir stehen für Sicherheit an den Berliner Hochschulen.

In den vergangenen Monaten haben sich an Berliner Hochschulen besorgniserregende Entwicklungen vollzogen: rechtswidrige Besetzungen, antisemitische Vorfälle, politisch motivierte Einschüchterung sowie eine Aushöhlung demokratischer Verfahren in studentischen Gremien. Diese Vorgänge dürfen nicht relativiert oder hingenommen werden. Die CDU Berlin setzt sich für eine umfassende Stärkung der rechtsstaatlichen Ordnung an den Berliner Hochschulen ein. Als politische Kraft der inneren Sicherheit und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sehen wir die Hochschulen als Orte geistiger Freiheit – nicht aber als rechtsfreie Räume. Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

- **Klare Rückendeckung für Polizei und Ordnungsbehörden:** Die CDU Berlin bekennt sich ausdrücklich zur Arbeit der Berliner Polizei und aller Ordnungsbehörden – auch bei Einsätzen an Hochschulen. Wenn es zu rechtswidrigen Besetzungen, strafbaren Handlungen oder politisch motivierter Einschüchterung kommt, ist ein klares, konsequentes und rechtsstaatliches Handeln unerlässlich. Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten verdienen dabei die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik. Wir fordern alle Hochschulleitungen eindringlich dazu auf, dass sie sich in solchen Fällen öffentlich und unmissverständlich hinter die Einsatzkräfte stellen.
- **Vollumfängliche Umsetzung und Weiterentwicklung des hochschulischen Ordnungsrechts:** Nach der erfolgreichen Wiedereinführung des Ordnungsrechts an Hochschulen muss dieses konsequent angewandt und hochschulintern durch klar definierte Verfahren und Sanktionsmechanismen flankiert werden. Verstöße gegen die Ordnung der Hochschule – etwa durch Besetzungen oder Gewaltdrohungen – dürfen nicht folgenlos bleiben.

- **Schutz der Meinungsfreiheit und Bekämpfung von Einschüchterungskultur:**

Die CDU Berlin fordert gezielte Maßnahmen zum Schutz der Meinungsfreiheit auf dem Campus. Einschüchterung, Ausgrenzung oder Drohungen gegen politisch Andersdenkende – ob durch radikale Gruppierungen oder einzelne Hochschulakteure – sind inakzeptabel. Die Hochschulen müssen, ein Klima geistiger Offenheit und gegenseitigen Respekts gewährleisten. Darüber hinaus stellt sich die CDU Berlin klar gegen den Missbrauch studentischer Gremien durch extremistische und demokratiefeindliche Gruppen.

- **Sicherheitskonzepte für Universitäten weiterentwickeln:** Die CDU Berlin fordert den Ausbau und die regelmäßige Überprüfung hochschulspezifischer Sicherheitskonzepte. Dazu zählen u. a. klar geregelte Zuständigkeiten im Ernstfall, die Erreichbarkeit von Sicherheitsdiensten, einheitliche Notfallprotokolle sowie die Möglichkeit gezielter Gefährdungsanalysen in Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitsbehörden.

Wir gehen konsequent gegen die irreguläre Migration vor.

Berlin ist und bleibt ein Ort der Humanität – gegenüber Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Terror fliehen. Wer eine Bleibeperspektive hat, findet in unserer Stadt Schutz. Diese Aufnahmebereitschaft ist ein Wert, den wir schützen wollen.

Doch wir sehen auch: Irreguläre Migration ist in den letzten Jahren stark gestiegen – von Menschen ohne rechtlichen Anspruch auf Schutz und ohne Bleibeperspektive. Das bringt unsere Aufnahmesysteme an die Grenze der Belastbarkeit – in der Unterbringung, in Schulen, in der Verwaltung. Zugleich wird irreguläre Migration zunehmend gezielt als Mittel hybrider Kriegsführung genutzt, um Europa und Deutschland politisch und gesellschaftlich unter Druck zu setzen.

Für uns steht fest: Wer keinen Anspruch auf Schutz hat, muss unser Land zügig wieder verlassen. Um das sicherzustellen, braucht es klare Regeln, funktionierende Verfahren und effektive Grenzkontrollen. Bis die EU-Außengrenzen wirksam geschützt und Asylsuchende innerhalb Europas fair verteilt werden, muss Deutschland selbst Verantwortung übernehmen. Das individuelle Recht auf Asyl bleibt unberührt – aber es bedeutet nicht automatisch ein Bleiberecht in Deutschland.

Unser Ziel ist klar: Hilfe für die, die sie wirklich brauchen. Konsequenz gegenüber denen, die unser System missbrauchen. Damit Integration gelingt – und die Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Seit Amtsantritt des schwarz-roten Senat ist die Zahl der Abschiebungen in Berlin signifikant gestiegen. Das ist ein guter, notwendiger Anfang. Es braucht jedoch weitere Schritte, um Ausreisepflichten konsequenter durchsetzen zu können und Abschiebungen zu erleichtern. Für uns stehen dafür folgende Maßnahmen im Mittelpunkt:

- **Zentrales Register für Aufenthalt von Ausreisepflichtigen:** Wir fordern eine bessere Kooperation der Aufnahmeeinrichtungen und des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mit dem Landesamt für Einwanderung (LEA), den Sozialämtern und der Polizei Berlin. Um die Ausreisepflicht durchsetzen zu können, müssen das LEA und die Polizei wissen, wo sich die Ausreisepflichtigen aufhalten. Deshalb wollen wir das LAF und die Unterbringungseinrichtungen verpflichten, die An- oder Abwesenheit der ausreisepflichtigen Bewohner ständig zu erfassen und dem LEA und der Polizei auf Anfrage mitzuteilen.
- **Zentrales Landesaufnahmezentrum für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern:** Um die Rückführung zu erleichtern, sollen Menschen, die aus einem sicheren Herkunftsland nach Berlin kommen, vom ersten Tag bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag in einer zentralen Einrichtung untergebracht werden. Gleiches ist für Menschen zu prüfen, bei denen der Asylantrag offenkundig unbegründet ist oder die aus Staaten mit niedriger Anerkennungsquote stammen.
- **Kein genereller Winterabschiebestopp:** Wir fordern, Abschiebungen auch während der Wintermonate konsequent durchzuführen.
- **Keine Steuergelder für Abschiebeverhinderer:** Personen und Einrichtungen, die Empfehlungen darüber geben, wie man sich einer Abschiebung erfolgreich entziehen kann (z.B. deportation alarm) oder die auf derartige Informationsquellen hinweisen, sind von jeglichen öffentlichen Förderungen auszuschließen. Wer die rechtsstaatliche Durchsetzung der Ausreisepflicht zu verhindern oder zu erschweren versucht, darf kein Steuergeld erhalten.

Wir stärken unsere Bundeswehr.

Frieden und Freiheit sind heute stärker bedroht als noch vor wenigen Jahren vorstellbar: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dessen wiederholte militärische Drohungen gegen die baltischen Staaten, die zunehmende Bedrohung Deutschlands durch Desinformation, Cyberangriffe, Sabotage und Spionage erfordern verstärkte Anstrengungen zur Abwehr dieser Gefahren. Wir bekennen uns zur Bundeswehr und dem unverzichtbaren Beitrag für Frieden und Sicherheit, den unsere Soldaten leisten. Als Parlamentsarmee ist sie in besonderer Weise demokratisch legitimiert und dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Wir verstehen uns als Partner der Bundeswehr, unterstützen die zivil-militärische Zusammenarbeit in Berlin und treten für eine Bundeswehr ein, die ihren Platz sichtbar in der Mitte unserer Gesellschaft hat. Zur Stärkung der Bundeswehr in Berlin schlagen wir folgende Punkte vor:

- **Zusammenarbeit mit Hochschulen:** Wir wollen die aktive Zusammenarbeit zwischen den Berliner Hochschulen und Einrichtungen der Bundeswehr fördern, z.B. durch entsprechende Programme und Kooperationen.
- **Forschung zu militärischen Zwecken:** Forschungsergebnisse, die an Berliner Hochschulen erzielt werden, sollen auch für militärische Zwecke der Bundesrepublik Deutschland und ihrer NATO-Partner zugänglich sein, um die Innovationskraft und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu unterstützen. Daher sollte die Zivilklausel an den Hochschulen abgeschafft werden.
- **Stärkung der politischen Bildung durch Jugendoffiziere:** Wir sprechen uns dafür aus, die Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr zur Stärkung der politischen Bildung an Berliner Schulen zu intensivieren. Zudem sollen Karriereberater der Bundeswehr in Schulen über berufliche Perspektiven und Einsatzmöglichkeiten informieren.
- **Freie Nutzung des ÖPNV für Soldaten:** Angehörige der Bundeswehr sollen analog beispielsweise der Berliner Polizei kostenfrei den ÖPNV nutzen dürfen, wenn sie Busse oder Bahnen uniformiert benutzen.
- **Verbesserte Möglichkeiten für Reserveübungen für Beschäftigte in der Landesverwaltung:** Beschäftigten der unmittelbaren und mittelbaren Landesverwaltung wollen wir die Teilnahme an Reserveübungen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten bis zu 30 Arbeitstage pro Jahr ermöglichen. Der

Dienst in der Bundeswehr soll zudem bei der beruflichen Entwicklung als zusätzliche Qualifikation positiv berücksichtigt werden.

- **Mehr Tempo bei Bauvorhaben der Bundeswehr:** Bei Bauvorhaben der Bundeswehr ist deren besondere Bedeutung für die Landesverteidigung im Rahmen der rechtlichen Abwägung zu berücksichtigen. Die zuständigen Behörden streben eine beschleunigte Bearbeitung entsprechender Anträge an.
- **Mehr Investitionen in den Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur:** Die Senatsverwaltungen und die Bezirke stehen vor der Herausforderung, kritische Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik, Telekommunikation und Gesundheitsversorgung auch im Notfall sicherstellen zu können. Investitionen in den Schutz und Ausbau der kritischen Infrastruktur sind in den Planungen besonders zu berücksichtigen.

Ein sicheres und freies Berlin – für heute, morgen und übermorgen.

Mit Sicherheit in Freiheit leben – das ist für uns Christdemokraten kein Widerspruch, sondern ein Versprechen und Kern unseres politischen Selbstverständnisses. Wir wissen: Ein *starker Rechtsstaat* ist die Basis für ein sicheres und *freies Leben*. In den vergangenen zwei Jahren haben wir deshalb viele wichtige Entscheidungen auf den Weg gebracht, um Berlin wieder sicherer und handlungsfähiger zu machen. Das Fundament ist gelegt, erste Fortschritte sind spürbar. Und dennoch, es bleibt noch viel zu tun. Unser Anspruch ist, Vertrauen zurückzugewinnen, indem wir zuhören und hinsehen, indem wir handeln. Für eine lebenswerte Stadt, in der alle Berlinerinnen und Berliner frei und sicher leben können – heute, morgen und auch übermorgen.